

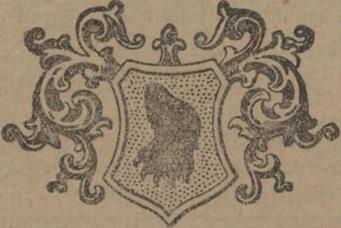
Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz. Bezirksanzeiger

und Zeitung

Postfach Konto Dresden 2133. Giro-Konto 146
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz

Geschieht: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten hat der Bezüge keine Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 2100.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M 2000.—; durch die Post monatlich M 2000.— freibleibend.



Insertate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die sechsmal gespaltene Beilage (Mose's Zeilenmesser 14) M. 180.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M. 150.—. Amtliche Beilage M 540.—, und M 450.—. Kellner M 400.—. Bei Wiederholung... g Rabatt. — Zeilenänderer und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen treten durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der v. e. Rechnungsersatz unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Familien-Anzeigen Ermäßigung

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhörn, Bietzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederleichenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Kammer 27.

Sonnabend, den 3. März 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Der Plan über die Auslegung von Fernsprecherkabeln in Pulsnitz liegt beim Postamt Pulsnitz, Sa. vom 9. März ab, 4 Wochen aus.

Dresden. N. 6, den 28. Februar 1923. **Telegraphenbauamt 2.**

Kartoffelbestellung.

Der Stadtgemeinde Pulsnitz ist ein Posten guter Speisekartoffeln zum Kauf angeboten worden.

Bevor wir von einer Bestellung Gebrauch machen, soll der Bedarf festgestellt werden.

Wir fordern hiermit zur Abgabe von Kartoffelbestellungen auf, welche bis Montag den 6. ds. Mts. 6 Uhr abends in der Ratskanzlei anzubringen sind. 1 Zentner kostet ungefähr 5500 Mk. Die Kartoffeln können Anfang nächster Woche geliefert werden und sind bei der Abholung sofort zu bezahlen.

Pulsnitz, den 3. März 1923.

Rat der Stadt.

Es liegt Veranlassung, vor, darauf hinzuweisen, daß eine Ueberschreitung der von der Kontrollkommission erlassenen Richtpreise in keinem Falle zulässig ist, wenn nicht vorher an Amtsstelle durch geeignete Belege, Kalkulationen oder sonstige der Nachweis der Berechtigung der erhöhten Preisforderung erbracht worden ist.

Pulsnitz, den 3. März 1923.

Der Stadtrat.

Jahrmarch

Ferkelmarch

in Nadeburg

Mittwoch, den 7. März 1923.

Pferde- und Viehmarch wird nicht abgehalten.

Stadt- und Landbekannt

werden Ihre Anzeigen, wenn sie in dem Pulsnitzer Wochenblatt veröffentlicht werden.

Das Wichtigste.

Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten ist für Freitag den 9. März angesetzt.
Die Stadtverordneten zu Bautzen bewilligten am Donnerstag die Summe von zunächst 3 Millionen Mark zur Ausführung von Bauten für die produktive Erwerbslosenfürsorge.
Die Großhandelsziffer des sächsischen Reichsamtes weist gegenüber dem Stande vom 15. Februar einen geringen (2,4 Prozent) Rückgang auf.
Die Reichsregierung hat die an dem Ruhrstreik nicht beteiligten fremden Regierungen auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht, die durch die immer brutaler werdende Vergewaltigung des Ruhrgebietes geschaffen worden ist.
Von Petersburg ist im Kieler Nordhafen ein russischer Dampfer mit etwa 50000 Zentner Roggen zum Löschen eingetroffen. Es ist dies das erste Getreide, das nach dem Streik aus Rußland nach Deutschland gelangt ist.
Der Reichsminister des Auswärtigen, v. Rosenburg hat vorgestern die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und danach die Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion empfangen. Er hat zu äußerster Vorsicht geraten und abeten, alles zu unterlassen, was geeignet wäre, die innere Geschlossenheit zu stören.
Der Reichstag beabsichtigt, am 24. März in die Osterferien zu gehen.
Das Reichskabinett hat sich dahin ausgesprochen, die Tarife, die bisher alle Monate erhöht worden sind, vorläufig nicht mehr zu erhöhen. Zum 1. April sind keine Tarifierhöhungen vorzunehmen.
Der anhaltische Landesrat hat die Aufnahme einer Koggenmerkanleihe von 10000 Zentnern im Betrage von etwa 400 Millionen Mark zur Behebung der finanziellen Notlage der anhaltischen Landeskirche beschlossen.
In französischen Kreisen befinden sich noch zahlreiche deutsche Zivilgefangene, die seit 1914 zurückgehalten werden. Bisher sind 36 solcher Leute bekannt geworden.
Nach den neuesten Statistiken über die im Augenblick stillgelegten Hochöfen in Frankreich sind im Bezirke von Lothringen von 66 vorhandenen Hochöfen nur noch 14 unter Feuer, im Bezirke von Longwy von 54 nur noch 16.
In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung stimmten kommunistische „Stadtökler“ auf die Zuschauereinkünfte und misshandelten Leute, welche den Ausführenden der Reichsredner zugestimmt hatten, mit Tuscheln und Faustschlägen.
Poincaré hat den Ursprünglich für Donnerstag angesetzten Termin für die Fortsetzung seiner Ausführungen über die französische Außenpolitik vor dem Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten für unbestimmte Zeit vertagt.

nämlich der Getreideumlage ausgedrückt werden würde, so zeigt sich jetzt doch, daß mancherorts die Verbedingung der Brotgetreidebewirtschaftung ernstlich erwogen wird. Man will es den milderbemittelten Volksschichten ermöglichen, den notwendigen Bedarf an Brot zu einem annehmbaren Preise zu kaufen. So berechnete nun auch ein solches Bestreben ist, so muß es doch als ganz abwegig bezeichnet werden, daß man auch im kommenden Wirtschaftsjahr die Kosten der Verbedingung allein der Landwirtschaft aufbürden will und nicht auf alle wirtschaftlichen Kräfte. Man denkt nämlich daran, wieder eine Art Getreideumlage zur Durchführung zu bringen. Der diesbezügliche Vorschlag ist vom Preussischen Landwirtschaftsministerium ausgearbeitet und der Reichsregierung zwecks Verwirklichung zugestellt worden; der Preussische Landwirtschaftsminister empfiehlt, daß die Landwirte 4/5 Millionen Tonnen Getreide abliefern. Dafür sollen sie aber nicht bares Geld sondern Sticksstoffdünger erhalten, wobei jedoch der Wert des gelieferten Sticksstoffdüngers dem Wert des abgelieferten Getreides nicht voll entsprechen würde. Durch diese Maßnahme glaubt man die Produktion der deutschen Landwirtschaft steigern zu können.
Der Entwurf ist in den letzten Wochen von den gesetzlichen Berufsvertretungen der deutschen Landwirtschaft wiederholt beraten worden und hat schärfste Ablehnung deshalb erfahren, weil er nicht nur die eingangserwähnte Verbedingung lediglich auf Kosten der Landwirtschaft vorzunehmen gedenkt, sondern weil er außerdem die Produktion nicht fördern, sondern in der schärfsten Weise benachteiligen würde, auch der Preussische Landtag hat sich gegen den Entwurf ausgesprochen. Insbesondere stellt — wie wiederholt anerkannt wurde — die Verteilung von Sticksstoffdünger auf Grund der abgelieferten Getreidemengen ein höchst unvollkommenes Verfahren dar, weil dabei völlig außer Acht gelassen wird, daß der Sticksstoffbedarf eines landwirtschaftlichen Betriebes nicht der Größe der abgelieferten Getreidemengen parallel geht. Der Sticksstoffbedarf richtet sich nämlich besonders auch nach der Qualität des Bodens, die bekanntlich sehr verschieden ist. Sodann würden Betriebe mit starkem Hackfruchtanbau, aber geringem Getreidebau, viel zu wenig Sticksstoff erhalten. Uebrigens würde bei der im Entwurf vorgesehenen Regelung die Verteilung der Sticksstoffdüngemittel einer neuen Zentratorganisation, als welche die Reichsgetreidestelle anzu sehen ist, zugewiesen werden müssen. Es würde also nicht nur die Getreidezwangswirtschaft beibehalten, sondern auch noch eine Zwangswirtschaft der Düngemittel eingeführt werden!
Dr. K. R.

Beiträge in Klasse 13 mit monatlich 4840 M zu zahlen. Wer die Versicherungspflichtgrenze überschreitet, ohne seinen Arbeitgeber oder seine Stellung zu wechseln, scheidet erst mit dem ersten Tage des vierten Monats nach Ueberschreiten der Versicherungsgrenze aus der Versicherungspflicht aus.

— (Der neue Verfalltag für deutsches Notgeld.) Da die Knappheit an Zahlungsmitteln noch immer anhält, ist der Verfalltag für Notgeld in Sachsen bis zum 5. April verlängert worden.

— (Neues Hartgeld) Der Reichstag hat die bereits vom Reichsrat und Reichswirtschaftsrat beschlossene Ausprägung von 200 Mark Stücken in Aluminium genehmigt. Die Prägung war bereits vorbereitet, die Plättchen, die die Größe des 50 Pfennig-Stückes in Aluminium haben, lagen fertig und warteten nur auf die Festlegung des aufzuprägenden Wertes. Nach der jetzt gefallenen Entscheidung wird unverzüglich mit der Prägung begonnen werden.

— (Einheitliche Festlegung der Schulferien im ganzen Reiche.) Die Regierungen der Länder haben vereinbart, daß die Schulferien im ganzen Reiche einschließlich der darin enthaltenen Sonn- und Feiertage 85 Tage dauern. Für die Ferien des Schuljahres 1923/24 gilt folgende Ordnung: Die Osterferien beginnen mit dem Sonnabend vor Palmsonntag, d. i. am 24. März, und endigen mit dem 7. April. Die Pfingstferien beginnen mit dem 19. Mai und endigen mit dem 26. Mai. Die Sommerferien beginnen mit dem 14. Juli und endigen mit dem 20. August. Die Herbstferien beginnen mit dem 28. September und endigen mit dem 6. Oktober. Die Weihnachtsferien beginnen mit dem 22. Dezember 1923 und endigen mit dem 5. Januar 1924.

— (Kartoffelpreise) Die Kartoffelnoterkommmission hat am 26. Februar 1923 einen Erzeugerpreis für weiße, rote und gelbfleischige Sorten von 4000—4300 Mark notiert.

— (Wie teuer ist elektrisches Licht?) Eine Kilowattstunde Lichtstrom wird gebraucht von einer Metalldrahtlampe von 50 Kerzen in 18 Stunden. Eine 32 lerkzige Lampe braucht 28 Brennstunden, um eine Kilowattstunde zu verzehren, eine 25 lerkzige 35 Stunden, eine 16 lerkzige 55 Stunden, eine 10 lerkzige 80 Stunden und eine 5 lerkzige 140 Stunden. In einem Haushalt, in dem täglich 5 Stunden eine 25 lerkzige Lampe, die vollkommen zum Besen genügt, gebrannt wird, so bedeutet das einen Monatsverbrauch von 150 Brennstunden oder 4,2 Kilowattstunden.

— (Die Ziegelpreise) sind für Ostachsen vom Baustoffkommissar wie folgt festgesetzt worden: Für die Amtshauptmannschaften Ramenz und Baugen 150000 M, Amtshauptmannschaften Zittau und Böbau 175000 M. Diese Preise gelten vom 15. Februar 1923 ab und verstehen sich für 1000 Mauerziegel.

— (Keine Verteuerung des Markenbrot?) Gegenüber der Mitteilung, daß die Festlegung des Preises für das 4. und 5. Sechstel der Getreideumlage zu einer bedeutenden Brotpreiserhöhung führen würde, wird aus Berlin mitgeteilt, daß in der Regierung die Auffassung zu überwiegen scheint, daß die Preislenkungsaktion auf das schwerste gefährdet würde,

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Berein für Volkshildung) Montag, 5. März, 8—10 Uhr Schule, Zimmer 17: Burkhardt: „Der Sozialismus vom Standpunkte des Arbeiters“. — Freitag, 9. März: Dr. Busch: „Religionen der Völker“ (Mahomed, Christus).

Pulsnitz. (Sprechtag.) Das Bezirksamt für Kriegerversorgung Ramenz hält am Dienstag, den 6. März, nachmittags 1/4—6 Uhr im hiesigen Ratshaus, 1 Treppe, Sprechtag ab. Erledigt werden Versorgungs- und Fürsorgeangelegenheiten, sowie Anträge und Gesuche entgegenzunehmen. Mirentner und Beschädigte aus früheren Kriegen können ebenfalls hier vorsprechen.

— (Angestelltenversicherung.) Die Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung ist durch Verordnung des Reichsarbeitsministers mit Wirkung vom 1. Februar 1923 von 1,2 Millionen Mark auf 4,2 Millionen Mark erhöht worden. Eine Aenderung der bisherigen Gehalts- und Beitragsklassen ist nicht erfolgt. Es sind mithin bei einem monatlichen Verdienst von 60000 M bis 350000 M,

Ein neuer Vorschlag zur Getreide-Bewirtschaftung.

W. W. Von unserem landwirtschaftlichen Sachverständigen wird uns geschrieben: Es bedarf keiner Erläuterung, daß durch die Verschärfung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse die Ernährungslage Deutschlands stark in Mitleidenhaft gezogen wird. Die Lebensmittel, die Deutschland zur Deckung des Defizits an Nahrungsmitteln einführen muß, übersteigen auf die Dauer seine finanzielle Leistungsfähigkeit, wenn die Verhältnisse sich in der bisherigen Weise weiterentwickeln. Der Umstand, daß große Lebensmittelporthe — insbesondere von Getreide — notwendig sind, führt ferner dahin, daß die Inlandspreise sich den Weltmarktpreisen recht schnell angleichen. Hierin werden die milderbemittelten Kreise hart betroffen und zwar umso mehr, als es sich dabei in erster Linie um eins der wichtigsten Nahrungsmittel, das Brot, handelt.
Hätte man daher noch im Herbst 1922 fast allgemein damit gerechnet, daß im kommenden Wirtschaftsjahr 1923/24 mit den letzten noch bestehenden Resten der Zwangswirtschaft,